

Genf, 27. Jan. Die Seereskommission der französischen Kammer hat beschlossen, nur die vor dem Krieg als untauglich erklärten einer Nachmusterung zu unterziehen. Von der Wohnnahme werden etwa 350 000 Mann betroffen.

London, 27. Jan. Da Oberkommando in Ostafrika übernimmt als Nachfolger des Generals Smuts der General Hofkin.

## Von Freund und Feind.

[Allerlei Draht- und Korrespondenz-Meldungen.]

### Getreidemonopol auch nach dem Kriege?

Berlin, 27. Januar.

Von ununterrichteter Seite geht die Meldung aus, wonach die dauernde Beibehaltung des Getreidemonopols auch nach dem Kriege als beschlossene Sache gilt; wenigstens sollen sich die Regierungskreise darüber einig sein, wie sich der Reichstag dazu stellen wird, ist natürlich noch nicht bekannt. Eine Abfindung der Getreidehändler soll nicht geplant sein.

### Die Beschließung von Southwold.

Berlin, 27. Januar.

Der deutsche Admiralstab teilt mit, daß der besetzte Ort Southwold in der Nacht zum 26. Januar von leichten deutschen Seestreitkräften beschossen worden sei, daß Treffer beobachtet worden und daß unsere Streitkräfte wohlbehaltend zurückgezogen seien. Hierauf weiß Kapitän Isfort zu melden, daß der Angriff, „wie die bisherigen“, völlig zwecklos gewesen sei. Das Schiff habe nur drei Minuten lang Granaten abgefeuert und sei dann wieder verschwunden. — Fehlt nur noch die Erklärung, daß dieser nächtliche Besuch den Engländern äußerst angenehm gewesen sei. Die Hauptfrage war die Feststellung, daß unsere Streitkräfte auf dem Streifzug keinen feindlichen Schiffen begegnet sind.

### Rußland soll einen Diktator erhalten.

Stockholm, 28. Januar.

Das neueste Gerücht aus Petersburg besagt, Nikolai Nikolajewitsch soll Diktator des Zarereiches werden. Der Zar wolle aber den Oberbefehl über Meer und Flotte beibehalten.

Neulich hieß es, Nikolai Nikolajewitsch arbeite im Bunde mit den Liberalen gegen die Dspartei. Heute verbreiten die Liberalen — das obige Gerücht entstammt der fortschrittlichen „Nietich“ in Petersburg — Nikolajewitsch soll Diktator werden. Was ist Wahrheit? Vielleicht sind beide Meldungen un wahr.

### Die Mordschuld der serbischen Regierung.

Budapest, 28. Januar.

Durch die Erklärungen des Gouverneurs von Bosnien, General Sastotie, wird die Mitschuld der serbischen Regierung an der Hinordnung des Erzherzogs-Thronfolgers Franz Ferdinand in Serajewo klar erwiesen. Der General sagte dem Vertreter des „Recher Mond“: Nimmte ich die serbische Regierung als oberste Leiterin des Verbundes „Obrana“ entlarvt und tatsächlich mit dem Mord belastet. Jetzt befindet sich im Serajewoer Gefängnis ein Mann, namens Banajac Vodnica, der auf Befehl eines serbischen Grenzoffiziers den Attentätern Unterhand gegeben und ihre Mordwerkzeuge bei sich verborgen gehalten hat.

### Auch ein Dank vom Hause Romanow.

Sofia, 28. Januar.

Die hiesige „Cambana“, ein auf unterrichtetes Blatt, erfährt, daß zwischen der französischen und russischen Regierung ein reger Gedankenaustausch über das zukünftige Schicksal Rumaniens stattfindet. Die russische Regierung soll ihren früheren Standpunkt über Rumänien in allen wesentlichen Punkten geändert haben und die rumänische Regierung wandte sich hilfe suchend an Frankreich. Zu spät, zu spät! Die Rumänen hätten rechtzeitig an das Jahr 1878 denken sollen, da Rußland als Dank für die ihm durch Rumänien geleistete Waffenhilfe ihnen Bekarablen fortzusetzen hat.

### Die Führer — die Redner.

Genf, 28. Januar.

Die bekannte französische Wochenschrift „L'Europe“ hält dem Bierverwand einen Spiegel vor, der den Herren Briand und Genossen nicht unangenehm sein wird. Das Blatt weist darauf hin, daß der Vierbund mit 143 Millionen von der Entente mit ihren 863 Millionen Einwohnern, denen die Produkte des ganzen Erdballs zur Verfügung stehen, blockiert werde, der aber trotzdem nicht besiegt worden sei. Die Erklärung, daß Deutschland sich 40 Jahre auf den Krieg vorbereitet habe, sei aber im Hinblick auf die Tatsache, daß Frankreich — Frankreich allein — in diesem Zeitraum nicht weniger als 53 Milliarden für Armeezwecke geopfert habe. Die Lösung des Rätsels sei darin zu suchen, daß Deutschland Führer, die Entente nur Redner habe.

### England vor Einführung eines Zivildienstzwanges.

London, 27. Januar.

Der Generaldirektor des „Nationalen Dienstes“ teilt mit, daß demnächst Rekruten für ein Nationaldienst-Korps aufgerufen werden würden, die die Unabkömmlichen militärischen Alters in bürgerlichen Betrieben ablösen sollen. Es kommen nur Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren in Betracht; Frauen werden vorläufig noch nicht aufgerufen. Der ganze „Nationale Dienst“ solle sich auf dem Grundgedanken der Freiwilligkeit aufbauen; nötigenfalls werde man aber zum Dienstzwang übergehen.

### Amerika will mit am Beratungstisch sitzen.

London, 28. Januar.

Nach Berichten der englischen Presse aus Washington erklären amerikanische Diplomaten und Kongressmitglieder, daß die Forderungen Wilsons, daß der Krieg unter Bedingungen, die für Amerika annehmbar sind, beendet werden müsse, so zu verstehen sei, daß Amerika einen Platz am Beratungstisch der Kriegsführer verlangen. Die Deutung erzeugt hier Aufsehen, da nach gestern die hiesige Presse einmütig erklärte, daß Neurtra! bei den Friedensverhandlungen nicht zu suchen hätten.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Wie zur demnächstigen Tagung des Reichstages verlautet, soll der Reichshaushaltplan vorläufig noch nicht abgeschlossen sein. Einzelne Teile dieses Planes sind dem Bundesrat bereits zugegangen, die übrigen Teile werden in der nächsten Zeit folgen. Ende dieses oder Anfang nächsten Monats wird der Bundesrat über den Reichshaushaltplan beraten. Die Erledigung wird einige Tage

Wir hoffen's insgesamt,  
Um eillen Ruhm zu sechten;  
Doch hoch zur Notwehr stammt  
Das Schwert in unserer Rechten,  
Dem Söldenfried allein  
Sei's in die Brust gegraben.

Emanuel Geibel.

in Anspruch nehmen, alsdann steht dem Wiederbeginn der Arbeiten des Reichstages nichts mehr im Wege. Es ist alsdann Beratungstisch für den Reichstag vorhanden. Mitte Februar dürfte der Reichstag wieder zusammentreten. Die Frage, ob auch neue Steuerentwürfe den Gegenstand seiner Beratungen bilden werden, harret noch immer der Entscheidung.

Der Ausschuss zur Beratung der für den vaterländischen Hilfsdienst notwendigen Verordnungen trat in Berlin zusammen und besprach die Verkehrsschwierigkeiten und die Stilllegung einzelner Betriebe. Ein sozialdemokratischer Antrag, daß die Organisationen vor der Stilllegung eines Betriebes Arbeitgeber und Arbeitnehmer hören müßten, wurde angenommen, ebenso ein Antrag der liberalen Parteien, daß unter Vorlegung des Materials auch der Reichstagsauschuss gehört werden müsse.

### Frankreich.

Die Kammergruppe der unifizierten Sozialisten, die aus 89 Mitgliedern besteht, hat eine Tagesordnung angenommen, welche die Votschaft Wilsons mit Freude verzeichnet. Die Tagesordnung protestiert gegen imperialistische Bestrebungen und verlangt von der französischen Regierung, daß sie klar ihre Übereinstimmung mit den Worten Wilsons verifiziere.

### Belgien.

Die Zwangsverwaltung feindlicher Vermögenswerte ist jetzt für ganz Belgien vorgeesehen, nachdem England und Frankreich die Forderungen deutscher Gläubiger haben einziehen und bei einer staatlichen Behörde hinterlegen lassen. Die der Zwangsverwaltung der feindlichen Ausländer un erliegenden Vermögenswerte bei belgischen Banken werden eingezogen und bei der deutschen Reichsbank in Berlin hinterlegt. Auf die feindlichen Guthaben deutscher Staatsangehöriger bezieht sich diese Maßregel nicht. Die belgischen Banken haben infolge der Zahlungssperre gegen das feindliche Ausland länger als zwei Jahre den Vorteil jener Barguthaben genossen. Diese Tatsache und der Zustuß größerer Geldbeträge aus Deutschland haben neben anderen Ursachen die Lage der Banken derart gehandelt, daß die erwähnte Maßnahme keinen wesentlichen Einfluß auf den belgischen Geldmarkt ausüben wird.

### Großbritannien.

In einer Unterredung mit einem australischen Korrespondenten sprach Lloyd George über Friedensverhandlungen, über die der bevorstehende Reichskriegsrat verhandeln soll. Eine Frage nach den Plänen, die man über die deutschen Kolonien hege, beantwortete Lloyd George ausweichend. Es würden aber wichtige Fragen zur Erledigung gelangen, die er „Vorbereitung auf den Frieden“ nenne, wie die Demobilisierung, die Auswanderung nach anderen Teilen des Reiches und der Unterbringung von Soldaten in Handel und Industrie.

Die in Manchester zu ihrem Jahreskongress versammelte englische Arbeiterpartei hat sich für Kriegsfortsetzung und gegen internationale Verhandlungen ausgesprochen. Die blindlings der Regierung folgenden Stimmen haben sich vermehrt. Der Kongress entschied mit 1 498 000 gegen 696 000 Stimmen dagegen, daß gleichzeitig mit der Friedenskonferenz ein internationaler Sozialistenkongress abgehalten werden soll. Der Kongress nahm mit 1 096 000 Stimmen gegen 484 000 Stimmen den Vorschlag, eine Arbeiterkonferenz der Alliierten abzuhalten, an. Außerdem verwarf der Kongress mit 1 697 000 gegen 302 000 Stimmen eine Resolution, in der sofortige Friedensvorschläge verlangt werden.

### Dänemark.

Eine Anzahl wichtiger Geheimpapiere der italienischen Gesandtschaft in Kopenhagen sind verschwunden. Die Kopenhagener Geheimpolizei erhielt von dem italienischen Legationssekretär Catalani die Mitteilung, daß ihm auf dem Wege nach der italienischen Gesandtschaft ein großer Briefumschlag mit sehr wichtigen Papieren, darunter Briefe und Aktenstücke über Verhandlungen mit fremden Mächten, abhandengekommen sei. Die Geheimpolizei verfuhr, festzustellen, ob die Schriftstücke gestohlen oder verloren wurden. Catalani hat eine Belohnung für die Herbeischaffung der Papiere ausgesetzt.

### Rußland.

Die schwedischen Zeitungen bringen auffecherregende Depeschen aus dem nördlichen Schweden. Dort werden vielerlei Gerüchte über Ereignisse in Rußland verbreitet, die von der anderen Seite der schwedisch-finnischen Grenze stammen. Es sollen sich in den letzten Tagen sowohl in Finnland wie auch in Petersburg selbst gefährliche Unruhen ereignet haben. Was an diesen Gerüchten Wahres ist, läßt sich von Stockholm aus nicht beurteilen.

### Griechenland.

Der brutale Druck durch England und Frankreich hat die griechische Regierung gezwungen, ein förmliches Entschuldigungsschreiben an die Gesandten von Rußland, Italien, England und Frankreich wegen der Vorgänge vom 18. November und 1. Dezember zu richten. In beiden Fällen hatten die Griechen die Übergriffe der widerrechtlich eingedrungenen Verbandsstruppen verwehrt. Um die Demütigung voll zu machen, soll demnächst eine omibühnliche Ehrung der Verbandsflaggen stattfinden.

### Aus In- und Ausland.

Berlin, 27. Jan. Mit dem Schwarzen Adlerorden wurden ausgezeichnet Generaloberst v. Falkenhäuser, General der Infanterie v. Binjngen, General der Infanterie v. Kirchbach.

Berlin, 27. Jan. Am Freitag ist in Wien die österreichische Organisation der Waffenbrüderlichen Vereinigung, die bisher dort noch nicht ein festes Gefüge erhalten hatte, feierlich begründet worden.

Petersburg, 27. Jan. Die Ernennung Sazonow zum Votschastier in London wird amtlich bekanntgegeben.

Bern, 27. Jan. Nach einer Erklärung des spanischen Ministers des Innern wurde auf den Zug, mit dem der Minister des Äußeren Romanones von Sevilla nach Madrid fuhr, durch Regen von zwei Querschneien kurz hinter Sevilla ein erfolgreicher Anschlag verübt.

Stockholm, 27. Jan. Durch die Behörden wurde der Versuch entdeckt, 200 Kilogramm Sprengstoffe über die Grenze zu schmuggeln, um die russischen Basen und Munitionslager bei Estbotten in die Luft zu sprengen.

## Der Geburtstag des Kaisers.

Der zum dritten Male während des Krieges wiederkehrende Geburtstag Kaiser Wilhelms ist im ganzen Reich in angemessener erster Art, aber gerade deshalb vielleicht mit größerer Anbrunst begangen worden als in früheren Jahren des Friedens. Überall gedachte man wohl des kaiserlichen Auftrufs des Kaisers, mit dem er zu jedem Deutschen sprach und der schändlichen Ablehnung unseres Friedensangebotes durch die Feinde. Dafür zeugen die schar in unermeßlicher Fülle, selbst aus dem Auslande eingegangenen Rundgedungen öffentlicher und privater Körperchaften und Persönlichkeiten. Die diesmalige Kaisergeburtstagsfeier befandete in stärkstem Maße dem entschlossenen Willen des Volkes, mit dem obersten Kriegsherrn auszuhalten bis zur endgültigen Abweisung aller Gegner, bis zur vollständigen Sicherung unseres schönen Vaterlandes.

### Im Hauptquartier.

Am 26. Januar bereits traf der junge Monarch der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie, Kaiser Carl, im Großen Hauptquartier ein. In seiner Begleitung war der Minister des Äußeren Graf Czernin. Der deutsche Reichskanzler mit dem Staatssekretär Zimmermann, Kaiserin Auguste Viktoria, die Prinzessinnen Heinrich und Waldemar von Preußen sowie zahlreiche andere hervorragende Personen waren ebenfalls anwesend. Beim Essen wechselten die Monarchen herzliche Erinsprüche.

Kaiser Carl von Österreich betonte, das Geburtstagsfest feiert zum drittenmal wieder inmitten des Krieges, den die Feinde uns aufzuzwingen haben und zu dessen Fortsetzung sie durch die Ablehnung unseres lokalen Friedensangebotes alle verantwortlich sind. Unser Majestät rühmbekanntes Heer im Verein mit meiner und anderer Verbündeten tapferen Armeen hat mit dem Bestande des Allmächtigen auch seit Jahresfrist wieder reiche Erfolge errungen, die uns mit bedeutendem Stolz, aber auch mit zuversichtlichem Vertrauen auf den weiteren Verlauf der Kämpfe erfüllen.

Kaiser Wilhelm antwortete im wesentlichen: Die Anwesenheit Eurer Majestät am heutigen Tage ist für mich ein neuer Beweis dessen, daß in Freude und Leid, in schweren Stunden wie in sonnigen Tagen Eure Majestät und Eurer Majestät Heer und Volk sich eins mit mir und meinem Heere und Volke fühlen in dem unerlöschlichen Vorfat, den gegenwärtigen Krieg mit des Allmächtigen Hilfe zu einem glücklichen, für unsere Völker gleich segensreichen Ende zu bringen. Die Ablehnung unseres Friedensangebotes wird auf die zurückfallen, die unter launlos Entgegenkommen scharf zurückgewiesen haben.

### Gnadenerlasse.

Drei neue Gnadenerlasse erschienen anlässlich des kaiserlichen Geburtstages.

Der erste erweitert die Erlasse vom 27. Januar und 24. April 1915 und vom 27. Januar 1916. Die noch nicht erledigten Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer wegen der in diesen Erlässen bezeichneten Straftaten werden niedergelassen, wenn die Taten vor der Einberufung beanlagt sind. Nicht militärgerichtliche Strafen bis zu einem Jahr Gefängnis werden erlassen. Voraussetzung ist, daß der Täter nicht durch seine Tat seine Eigenschaft als Kriegsteilnehmer verloren hat. Ein zweiter Erlass bestimmt die Lösung von Strafentwürfen der letzten zehn Jahre, wenn die Strafe nicht mehr als ein Jahr Gefängnis betragen hat und der Verstrafte nicht rückfällig geworden ist. Ein dritter Erlass hebt die gegen Militärpersonen und Militärrentnern verhängten Disziplinarstrafen auf, sowie die von Militärgerichten verhängten Strafen unter sechs Monaten. Ausgeschlossen sind Personen, die unter der Wirkung von Ehrenstrafen stehen, die Rückfälligen, die mehr als vierzehn Tage Freiheitsstrafe oder 150 Mark Geldstrafe für ihren Rückfall erhalten haben, die wegen Mißhandlung, Beleidigung oder vorchriftswidriger Behandlung eines Untergebenen bestraft sind. Gleiche Bestimmungen gelten für Marine- und Schutztruppen. Für besonders berückichtigungswerte Fälle, die außerhalb dieses Rahmens liegen, wird besondere Berücksichtigung in Aussicht gestellt.

Anlässlich des Geburtstages hat König Ludwig von Bayern, wie im Vorjahre, aus Gnade die allgemeine Lösung von Strafentwürfen in den Strafregistern angeordnet.

### Ehrung der Schutztruppe.

An den Staatssekretär des Reichskolonialamts ergin, eine Order des Kaisers, in der es heißt:

Seit 30 Monaten steht die Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika abgetrennt von jeder realrechtlichen Verbindung mit der Heimat in ununterbrochenem Kampf gegen einen an Zahl und Kampfmitteln weit überlegenen Gegner in tropischem Klima kämpfend und nur mit den einfachsten Mitteln versehen, hat die Schutztruppe unter ihrem tapferen Kommandeur Taten vollbracht, die den Leistungen der Streitkräfte in der Heimat würdig zur Seite stehen.

Welches Schicksal Gott der Herr auch der kleinen Heldenschar beschieden haben mag, das Vaterland denkt mit stolzem Bewußtsein seiner im fernem Afrika kämpfenden Söhne. Ich spreche der Truppe für ihr heldenmütiges Ausdauern in dem ungleichen Ringen meinen kaiserlichen Dank und meine hohe Anerkennung aus.

### Beförderungen und Auszeichnungen.

Zum General der Infanterie befördert wurde der bisherige Generalleutnant Kronprinz des Deutschen Reiches und Kronprinz von Preußen, Friedrich Wilhelm.

Der Inspektor der Feldartillerie General der Artillerie v. Schubert ist zum Generaloberst, der Generalleutnant und frühere Kommandeur der 1. Garde-Division v. Hutter zum General der Infanterie befördert. Der Schwiegersohn des Kaisers Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, der bisher den Rang eines Obersten hatte, wurde zum Generalmajor ernannt. Zum General der Kavallerie wurde befördert der Generalleutnant Fiebert v. Hohen, Kommandeur der 21. Division.

Von den zahlreichen Auszeichnungen haben wir hervor die Verleihung des Verdienstkreuzes für Kriegsdienst an den General der Infanterie, erster Generalquartiermeister Ludendorff, und die Ernennung des Generals der Infanterie und Chefs des Generalstabes v. Falkenhann zum Chef des Deutsch-Ordens-Infanterieregiments Nr. 162. An eine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen der Kriegswerkstätten Berlin wurde ebenfalls das Verdienstkreuz für Kriegsdienst verliehen und von dem Chef des Kriegsamts Generalleutnant Gröner überreicht. Der Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitung-Verleger, Dr. Robert Faber in Magdeburg erhielt das Eisene Kreuz 2. Klasse am weissen Schwarzen Bande.